

Bericht

**des Haushaltungsausschusses (8. Ausschuss)
gemäß § 96 der Geschäftsordnung**

**zu dem Antrag der Bundesregierung
– Drucksachen 17/38, 17/110 –**

**Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte bei der
Unterstützung der gemeinsamen Reaktion auf terroristische Angriffe gegen die
USA auf Grundlage des Artikels 51 der Satzung der Vereinten Nationen und
des Artikels 5 des Nordatlantikvertrags sowie der Resolutionen 1368 (2001)
und 1373 (2001) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen**

**Bericht der Abgeordneten Herbert Frankenhauser, Carsten Schneider (Erfurt), Dr. h. c. Jürgen
Koppelin, Michael Leutert und Sven Kindler**

Mit dem Antrag bittet die Bundesregierung den Deutschen Bundestag, der von der Bundesregierung am 18. November 2009 beschlossenen Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte bei der Unterstützung der gemeinsamen Reaktion auf terroristische Angriffe gegen die USA über den 15. Dezember 2009 hinaus bis zum 15. Dezember 2010 zuzustimmen.

Die Fortsetzung soll auf Grundlage des Artikels 51 der Satzung der Vereinten Nationen, des Artikels 5 des Nordatlantikvertrags sowie der Resolutionen 1368 (2001) und 1373 (2001) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen erfolgen. Im Übrigen gelten für die Fortsetzung des Einsatzes die im Antrag der Bundesregierung vom 29. Oktober 2008 aufgeführten Regelungen und Zusagen, dem der Deutsche Bundestag am 13. November 2008 zugestimmt hat (Bundestagsdrucksache 16/10720), fort.

Es sollen bis zu 700 Soldatinnen und Soldaten eingesetzt werden.

Die einsatzbedingten Zusatzausgaben für die Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der Operation Enduring Freedom werden für einen Zeitraum von zwölf Monaten insgesamt rund 47 Mio. Euro betragen. Hiervon entfallen auf das Haushaltsjahr 2009 rund 2,1 Mio. Euro sowie auf das Haushaltsjahr 2010 rund 44,9 Mio. Euro. Für diese Ausgaben ist im Einzelplan 14 im Haushaltsjahr 2009 Vorsorge getroffen. Die Ausgaben im Jahr 2010 werden aus dem Einzelplan 14 im Haushaltsvollzug sichergestellt.

Der Haushaltungsausschuss hält den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für mit der Haushaltsslage des Bundes vereinbar.

Dieser Bericht beruht auf der vom federführenden Auswärtigen Ausschuss vorgelegten Beschlussempfehlung.

Berlin, den 2. Dezember 2009

Der Haushaltsausschuss

Petra Merkel (Berlin)
Vorsitzende

Herbert Frankenhauser
Berichterstatter

Carsten Schneider (Erfurt)
Berichterstatter

Dr. h. c. Jürgen Koppelin
Berichterstatter

Michael Leutert
Berichterstatter

Sven Kindler
Berichterstatter